

Schwedische Reaktionen auf die deutsche Politik im Osten 1939 - 1943*

von

Hans-Jürgen Lutzhöft

Bewußt sprechen wir bei Formulierung und Durchführung unseres Themas nicht von deutscher Ostpolitik, sondern von deutscher Politik im Osten. Ostpolitik: dieser Begriff hat durch die — wie auch immer zu beurteilende — Politik der sozialliberalen Bonner Koalition des Ausgleichs mit den sozialistischen Staaten Osteuropas eine ganz eigene Prägung erhalten. Aber auch von einer Ostpolitik in einem herkömmlicheren Sinne des Wortes wird man im Kontext unserer Darlegungen nur mit Vorsicht sprechen dürfen. Nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 konnte von einer deutschen Ostpolitik eigentlich nur noch der Sowjetunion gegenüber die Rede sein. Nach dem deutschen Angriff auf Rußland am 22. Juni 1941 gab es praktisch nur noch eine deutsche Politik im Osten. Wir wissen wohl noch zu wenig von den faktischen Verhältnissen, auf die diese Politik im Osten stieß, aber es ist allbekannt, worauf sie abzielte: Versklavung der Ostvölker, Gewinn von „Lebensraum“ in den Weiten des Ostens für das deutsche Volk, aber — im Sinne der „Großgermanischen Reichsidee“¹ — auch für die übrigen kontinentalgermanischen Völker.² Diese Politik hatte mit den tradierten Moralvorstellungen nichts gemein, gestand dies freilich auch ein. Aber sie gab sich realistisch — und gerade das war sie am allerwenigsten. Welch ein „leichtfertig-verstiegener Glaube“, so ist mit Martin Broszat zu sagen, durch auch „technisch kaum im nötigen Umfang realisierbare Methoden“ ganze Völker „beherrschen und auf die Dauer gefügig und verfügbar machen zu können“.³

Auch ungeachtet ihres „großgermanischen“ Nebenakzents hat die deutsche Politik im Osten schwedische Reaktionen hervorgerufen, Reaktionen nicht nur von offizieller, sondern auch und mehr noch von offiziöser und privater Seite. Von ihnen allen soll im folgenden die Rede sein. Dabei

*) Erweiterte Fassung einer Antrittsvorlesung an der Universität Kiel vom 11. 6. 1980.

1) Vgl. H.-D. Looock: Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 57 ff.; H.-A. Jacobsen in: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd I, Frankfurt/Main 1965, S. 87 E ff.; H.-J. Lutzhöft: Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920—1940, Stuttgart 1971, S. 370 ff.

2) Vgl. A. Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941—1945, dt. Ausgabe Düsseldorf 1958; M. Broszat: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945, Stuttgart 1961; Chr. Kleemann: Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939—1945, Düsseldorf 1971; J. T. Gross: Polish Society under German Occupation. The Generalgouvernement 1939—1944, Princeton (New Jersey) 1979.

3) Broszat, S. 25.

wollen wir hauptsächlich drei Fragen im Auge behalten und am Schluß unserer Ausführungen auf sie zurückkommen. Die Fragen lauten:

1. Stimmt die Schweden in ihren Urteilen über die deutsche Politik im Osten überein?
2. Kommt in ihren Reaktionen so etwas wie eine realistische Alternative zur unrealistischen deutschen Politik im Osten zum Vorschein?
3. Welche Tendenzen machten sich in den deutschen Gegenreaktionen geltend?

Die zeitliche Begrenzung unseres Themas ergibt sich daraus, daß die deutsche Politik im Osten in den Jahren 1939 bis 1943 in ihrer Blüte stand und dementsprechend in diesem Zeitraum am ehesten Gegenstand schwedischer Aufmerksamkeit werden konnte.

Und nun zu den schwedischen Reaktionen im einzelnen:

1. Schweden übernahm zu Beginn des Zweiten Weltkrieges den Auftrag, Polens Schutzmacht in Deutschland zu sein, d. h. den Schutz der polnischen Staatsangehörigen und des polnischen Eigentums in Deutschland sicherzustellen. Doch zeigte sich bald, daß es nicht gewillt war, sich dabei zu übernehmen. Der schwedische Gesandte in Berlin, Arvid Gustaf Richert, sagte am 14. September 1939 zu Ernst Woermann, dem Chef der Politischen Abteilung des Auswertigen Amtes:

„... ihm sei mitgeteilt worden, daß die polnischen Juden in Deutschland alle interniert seien, dies sei jedoch keine Kriegsmassnahme, sondern eine Schutzmassnahme allgemeiner Art“.⁴

Kürzer: die schwedische Gesandtschaft Berlin erklärte sich im Hinblick auf die internierten polnischen Juden für nicht zuständig. Diese jedenfalls aus heutiger Sicht allzu realistische Haltung entspricht der Psychologie der Neutralen: wo der Neutralismus herrscht, behält der Egoismus gewöhnlich die Oberhand.

Allerdings hatten die Schweden auch ihre eigenen Sorgen. Polen war für sie politisch nicht im entferntesten so interessant wie ihr östlicher Nachbar und Pufferstaat Finnland, das in dem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen worden war.⁵ Es mutet beinahe symbolisch an, daß die schwedische Regierung an demselben 30. November 1939, an dem sowjetrussische Truppen über Finnland herfielen, der Öffentlichkeit in einer kurzen Pressenotiz mitteilte, daß sie auf eine entsprechende Notifikation der deutschen Reichsregierung hin das Schutzmandat der Schwedischen Gesandtschaft Berlin für Polen als erledigt betrachte.⁶

4) Aufzeichnung Woermann vom 14. 9. 1939. Alle für diese Arbeit herangezogenen ungedruckten Dokumente stammen aus der achtbändigen Serie „Büro des Staatssekretärs, Akten betr. Schweden“ im Politischen Archiv des Auswertigen Amtes (AA), Bonn (weiterhin zit.: PA, B. St.s., Schweden).

5) Über die finnlandpolitischen Strömungen in Stockholm Herbst 1939 vgl. H.-J. Lutzhöft: Deutsche Militärpolitik und schwedische Neutralität 1939—1942, Habilitationsschrift (Typoskript) Kiel 1980, S. 34 ff.

6) PA, B. St.s., Schweden, Kopie des Schreibens des Gesandten Richert an Staatssekr. v. Weizsäcker vom 30. 11. 1939.

2. Die Probleme für Schweden mehrten sich, als am 22. Juni 1941 der deutsche Angriff auf Rußland begann.

a) Ein wenig aus Liebe zu Finnland, hauptsächlich aber aus Furcht vor Deutschland stellte Schweden einen Teil seines Territoriums für den Aufmarsch deutscher Streitkräfte im Nordraum gegen die UdSSR zur Verfügung. Vor allem gelangte die in Südnorwegen stationierte 163. Infanteriedivision über das schwedische Eisenbahnnetz nach Finnland.⁷

b) Von einer aktiven Unterstützung Deutschlands im Osten wollte die Regierung in Stockholm aber auch zu Beginn des Rußlandfeldzuges nichts wissen. Besonders in der Freiwilligenfrage kam es zu einem zähen Ringen mit Berlin. Schwedens Außenminister Christian Günther sagte am 5. Juli 1941 dem deutschen Sondergesandten Karl Schnurre, daß schwedische Freiwillige einzig und allein in der finnischen Armee Dienst tun dürften.⁸ Ende Juli steckte die schwedische Regierung etwas zurück. Der Staatssekretär im schwedischen Außenministerium (Utrikesdepartementet), Erik Boheman, erklärte dem deutschen Geschäftsträger in Stockholm, Gesandtschaftsrat v. Below, „daß von schwedischer Seite keine Bedenken dagegen bestehen, daß sich einzelne Personen als Freiwillige für deutsche Streitkräfte melden“.⁹ Aber die deutsche Seite kam nicht dazu, von diesem Zugeständnis Gebrauch zu machen. Die schwedische Presse schlug alsbald Alarm, und daraufhin zog sich die Regierung in Stockholm wieder auf den Standpunkt zurück, daß schwedische Staatsbürger nur in der finnischen Armee als Freiwillige Dienst tun dürften.¹⁰

Indes: die interessierten deutschen Kreise wollten die „großgermanische“ Hoffnung, an der Ostfront neben Dänen und Norwegern auch Schweden in den Reihen der Waffen-SS kämpfen zu sehen, nicht aufgeben. Wir wissen, daß im Februar 1942 ein Oberst Ekström — also ein schwedischer Staatsangehöriger — in diesem Sinne tätig war.¹¹ Ende Mai 1943 kam es noch einmal zu einem Presseskandal wegen versuchter Anwerbung von schwedischen Freiwilligen für die Waffen-SS.¹²

Nicht zu bestreiten ist, daß es in den Jahren 1941 bis 1943 etlichen Schweden gelungen ist, sich zu den deutschen Annahmestellen in Finnland und Norwegen durchzuschlagen.¹³ Diese Freiwilligen mißbilligten sicher nicht die deutsche Politik im Osten. Doch dürfte das Moment der

7) Vgl. Lutzhöft, *Deutsche Militärpolitik*, S. 194 ff.

8) Vgl. ebenda, S. 184.

9) PA, B. St.s., Schweden, Telegramm v. Below an AA vom 26. 7. 1941 (Nr. 1054).

10) Ebenda, Telegramme Wied (bis Anfang 1943 deutscher Gesandter in Stockholm) an AA vom 27. 8. 1941 (Nr. 1274), vom 28. 8. 1941 (Nr. 1281, 1282, 1284), vom 1. 9. 1941 (Nr. 1318) und vom 2. 9. 1941 (Nr. 1319 u. 1325).

11) Vgl. ebenda, Telegramm Blücher (Helsinki) an AA vom 5. 2. 1942 (Nr. 272).

12) Ebenda, Telegramm Thomsen an AA vom 30. 5. 1943 (Nr. 1544).

13) Himmler berichtete am 25. 7. 1942, daß 250 Schweden in der Waffen-SS dienten: H. Picker: *Hitlers Tischgespräche . . .*, neu hrsg. von P. E. Schramm [u. a.], Stuttgart 1965, S. 475.

Überzeugung für sie nicht ausschlaggebend gewesen sein; sicher überwogen unter ihnen die abenteuerlustigen Elemente und Landsknechtstypen.¹⁴

c) Doch beschränken wir uns noch einmal auf 1941: Am 26. Juni teilte die Schwedische Gesandtschaft Berlin dem Auswärtigen Amt mit, daß die schwedische Regierung der Bitte Moskaus entsprochen habe, den Schutz der Staatsangehörigen und des Eigentums der UdSSR im Deutschen Reich zu übernehmen.¹⁵ Schweden als Rußlands Schutzmacht: damit war endgültig klargestellt, daß Stockholm gegen die Parole vom Kreuzzug gegen den Bolschewismus taub war — realistischerweise, wie man wohl sagen darf.

d) Doch ließ sich Utrikesdepartementet zu einer Gefälligkeit herbei, die auch nach Meinung seiner eigenen Beamten mit der schwedischen Schutzmachtfunktion nur schlecht in Übereinstimmung zu bringen war. Auf eine Weisung der Berliner Zentrale hin bat Gesandtschaftsrat v. Below den Leiter der Politischen Abteilung von Utrikesdepartementet, Staffan Söderblom, der Deutschen Gesandtschaft Stockholm Nachrichten aus der UdSSR zukommen zu lassen. Am 15. Juli erfüllte Söderblom diese Bitte. Er verlas einen Drahtbericht der Schwedischen Gesandtschaft Moskau, aus dem hervorging, daß der deutsche Angriff nicht zu einer Veränderung der Volksstimmung in der russischen Hauptstadt geführt habe.¹⁶ Das war es nicht, was Reichsaußenminister v. Ribbentrop hören wollte.¹⁷ Die Gesandtschaft Stockholm wurde angewiesen, „in der Frage Nachrichtenbeschaffung über Sowjetunion durch schwedisches Außenministerium nicht weiter zu insistieren“.¹⁸ Und in der Tat: da die deutsche Politik im Osten nun einmal auf Illusionen aufbaute, konnte ihr mit Informationen nicht gedient sein.

3. In dem „Lebensraum“ im Osten sollten, wie schon angedeutet, nach Hitlers, Himmlers und Rosenbergs Vorstellungen neben Deutschen und anderen „Germanen“ auch Schweden siedeln.¹⁹ Indirekt und vage ist die schwedische Regierung mit diesem „großgermanischen“ Programmpunkt konfrontiert worden. Dr. Karl Megerle, Publizist und Leiter des „Büros Megerle“ im Auswärtigen Amt, erkundigte sich bei Karl Albrecht Damgren, dem Presseattaché an der Schwedischen Gesandtschaft Berlin, ob nicht einige tausend Schweden an der „Aufbauarbeit im Osten“ teilnehmen könnten. Es ist nichts darüber bekannt, daß diesem Vorstoß irgendein Erfolg beschieden gewesen wäre.²⁰ Von einem völligen schwedischen Desinteressement an der „Aufbauarbeit im Osten“ kann indes auch nicht

14) Für die Idealisten unter den schwedischen Freiwilligen war doch wohl der Dienst in der finnischen Armee das Gegebene.

15) PA, B. St.s., Schweden, Verbalnote der Schwed. Gesandtschaft Berlin an AA vom 26. 6. 1941 (Nr. 434/1941).

16) Ebenda, Telegramm v. Below an AA vom 15. 7. 1941 (Nr. 948).

17) Ebenda, Aufzeichnung Woermann vom 18. 7. 1941.

18) Ebenda, Abschrift des Telegramms Woermann an die Deutsche Gesandtschaft Stockholm vom 27. 7. 1941.

19) Vgl. P i c k e r, S. 144.

20) Vgl. L u t z h ö f t, Deutsche Militärpolitik, S. 185.

die Rede sein. An einem Februarabend des Jahres 1942 kam es in Stockholm zu einem Gespräch über die deutsche Agrarpolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Gesprächspartner waren der deutsche Sondergesandte Karl Schnurre und der schwedische Politiker Axel Pehrsson-Bramstorp, im Sommer 1936 Chef einer Übergangsregierung und seitdem Landwirtschaftsminister in der von Per Albin Hansson geleiteten Koalitionsregierung aus Bauernbündlern und Sozialdemokraten sowie der Ende 1939 gebildeten „Sammlungsregierung“. Es handelte sich bei Pehrsson-Bramstorp also sehr wohl um eine gewichtige Persönlichkeit im politischen Leben Schwedens. Was das nationalsozialistische Deutschland betraf, so vertrat er Ansichten, die zumindest von denen des sozialdemokratischen Koalitionspartners stark abwichen. Schnurre urteilte über ihn:

„Er ist [...] als einer der wenigen wirklichen Deutschenfreunde im schwedischen Kabinett anzusprechen und steht auch der nationalsozialistischen Weltanschauung verständnisvoll gegenüber.“

Schnurre nahm die Gelegenheit wahr, dem Minister die neue Agrarverordnung für die besetzten Ostgebiete vom 15. Februar 1942 „eingehend zu erläutern“. Nun war diese Verordnung an sich nicht geeignet, einen Mann vom ideologischen Zuschnitt Pehrsson-Bramstorps zufriedenzustellen; denn sie sah die von der ländlichen Bevölkerung der „Reichskommisariate“ ersehnte Umwandlung der Kolchose in privaten Landbesitz lediglich als ein in weitester Ferne liegendes Endziel vor. Aber Schnurre wußte den schwedischen Landwirtschaftsminister zu nehmen. Pehrsson-Bramstorp äußerte laut Schnurre

„in unverbindlicher Weise den Wunsch, später einmal Gelegenheit zu haben, die neue von Deutschland in der Ukraine geschaffene Agrarordnung [...] an Ort und Stelle kennenlernen zu können“.

Hatte Schnurre seine Sache vielleicht zu gut gemacht? Pehrsson-Bramstorp scheint nicht der Ansicht gewesen zu sein, daß er sich so unverbindlich geäußert hatte. Jedenfalls erschien Anfang Mai 1942 der renommierte, mit Pehrsson-Bramstorp befreundete Ornithologe Bengt Berg in Berlin und richtete an Schnurre die Bitte, die Einladung an den schwedischen Minister schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgen zu lassen.²¹

Etwa zwei Monate später bekam das Reichsministerium für die Besetzten Ostgebiete unter Rosenberg Wind von der Sache — und prompt nahm sie dort großgermanische Dimensionen an. Das Ostministerium wollte erfahren haben, daß sich Pehrsson-Bramstorp „für die Frage einer schwedischen Mitwirkung an der Erschließung der besetzten Ostgebiete“ interessiere. Man glaubte ferner zu wissen, daß der Minister den Wunsch habe, „mit einer Kommission von Sachverständigen eine Reise dorthin zu unternehmen“.²²

21) PA, B. St.s., Aufzeichnung Schnurre vom 13. 5. 1942. — Zur Agrarverordnung vom 15. 2. 1942 vgl. D a l l i n, S. 346 ff.

22) Ebenda, Kopie des Schreibens Leibbrandt (Chef der Politischen Abteilung im Ostministerium) an AA vom 6. 7. 1942.

Es war klar: man machte sich im Ostministerium gänzlich überzogene Vorstellungen von Pehrsson-Bramstorps Absichten. Aber auch von einer Privatreise des schwedischen Ministers in die „Reichskommisariate“ wollte Schnurre zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts wissen.²³ Er nannte drei Hindernisse:

1. der unfertige Zustand der deutschen Neuordnung im Osten;
2. Reibereien zwischen Auswärtigem Amt und Ostministerium;
3. die Verschlechterung des deutsch-schwedischen Verhältnisses seit dem Frühjahr 1942, d. h. seitdem Deutschland schwedischerseits keine weiteren militärpolitischen Zugeständnisse gemacht wurden.²⁴

Schnurre setzte sich durch; der schwedische Minister wurde nicht eingeladen.

Übrigens war Pehrsson-Bramstorp nicht der einzige prominente Schwede, der der deutschen Herrschaft in Rußland einen positiven Aspekt abgewinnen konnte. Auch Schwedens greiser König Gustaf V. hat sich anerkennend über „die deutschen Leistungen in den besetzten Gebieten, besonders in der Ukraine“ ausgesprochen.²⁵

4. Es gab indessen auch Schweden, die sich am Widerstand gegen die deutsche Besatzungspolitik im Osten, genauer gesagt in Polen, beteiligten. Freilich: wie bei den meisten zivilen Widerstandsregungen, so wird auch im vorliegenden Fall nicht ganz deutlich, was hier wirklich auf Überzeugung und was auf ganz persönlich stimulierte Abenteuerlust zurückzuführen ist. Jedenfalls handelte es sich bei den beteiligten Schweden, die alle in Warschau tätig waren, um führende Persönlichkeiten der schwedischen Wirtschaftsinteressen in Polen, und ihre Verhaftung im Juli 1942 erregte dementsprechend in der schwedischen Öffentlichkeit großes Aufsehen.²⁶ Das Auswärtige Amt sah in der Sache erst klarer, als ihm am 13. Januar 1943²⁷ ein immerhin sechzehnseitiges, von Heinrich Himmler persönlich unterzeichnetes Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern zugeing. Sieben Warschauer Schweden waren festgenommen worden. Der prominenteste unter ihnen war der Direktor der Warschauer Filiale der schwedischen Zündholzmonopol-A. G., Carl Herslow. Herslow hatte früher dem schwedischen Generalstab angehört und dann als Militärattaché in Berlin und Moskau Dienst getan. Bis zum Herbst 1939 war er schwedischer Generalkonsul in Warschau. Mit den sieben Schweden wurden 51 Polen festgenommen. Drei Schweden hatten sich noch rechtzeitig aus dem Staube machen können —

23) Ebenda, Aufzeichnung Schnurre vom 21. 7. 1942.

24) Zur zeitlichen Grenze der militärpolitischen Konzessionspolitik Schwedens gegenüber Deutschland vgl. L u t z h ö f t , Deutsche Militärpolitik, S. 2.

25) PA, B. St.s., Schweden, Telegramm Thomsen an AA vom 17. 6. 1943 (Nr. 1725); Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie E, Bd VI, Göttingen 1979, Nr. 100, S. 182 f.

26) PA, B. St.s., Schweden, Telegramm Wied an AA vom 30. 7. 1942 (Nr. 2089).

27) Laut Eingangsstempel. Das Schreiben (ebenda) selbst ist vom 31. 12. 1942 datiert.

unter ihnen der am schwersten Belastete. Überhaupt gewinnt man den Eindruck, es hier nicht gerade mit einem kriminalistischen Meisterstück zu tun zu haben.

Den Verhafteten wurden drei Vergehen vorgeworfen:

1. Nachrichtenschmuggel zwischen der polnischen Widerstandsbewegung im Generalgouvernement und der polnischen Exilregierung in London über die Polnische Gesandtschaft in Stockholm;
2. nachrichtendienstliche Tätigkeit zugunsten des eigenen Landes im Generalgouvernement;
3. Devisenschmuggel zwischen der Polnischen Gesandtschaft in Stockholm und der polnischen Widerstandsbewegung im Generalgouvernement.

Der geheime Briefverkehr zwischen Stockholm und Warschau scheint zu einem beträchtlichen Teil unter Mißbrauch der Kurierpost der Schwedischen Gesandtschaft in Berlin erfolgt zu sein — ob mit oder ohne Wissen des Gesandten, muß dahingestellt bleiben.

Der Gesamtumfang der den sieben Verhafteten zur Last gelegten Vergehen war nicht sicher zu ermitteln. Sicher ist, daß durch den deutschen Zugriff der wichtigste Kurierweg zwischen der polnischen Widerstandsbewegung im Generalgouvernement und der polnischen Exilregierung in London abgeschnitten wurde.

In dem von Himmler unterzeichneten Schreiben an das Auswärtige Amt macht sich ein ideologischer Minderwertigkeitskomplex geltend. Von einer der drei schwedischen Firmen, bei deren Niederlassungen in Warschau die polnische Widerstandsbewegung Unterstützung gefunden hatte, der Fa. Ericsson, heißt es, daß sie „praktisch noch heute das polnische Telefonmonopol besitzt“. „Monopol“ — das war eine Anleihe beim Vokabular des weltanschaulichen Erzfeindes. Aber auch auf diesem Wege wurde man der Realität nicht habhaft. Das von der Fa. Ericsson gebaute Telefonnetz war bald nach Beendigung des Polenfeldzuges von der Reichspost übernommen worden. Die Firma hatte daraufhin über die schwedische Gesandtschaft Berlin Entschädigung gefordert. Die Verhandlungen hatten sich lange hingezogen, näherten sich Anfang 1943 jedoch ihrem Abschluß.²⁸

Man kann nicht sagen, daß Himmler die verhafteten Schweden mit dem Zorn des enttäuschten großgermanischen Träumers verfolgt habe. In dem von ihm unterzeichneten Schreiben an das Auswärtige Amt heißt es: wie man gegen die Verhafteten vorgehen solle, werde „von der Beurteilung staatspolitischer und aussenpolitischer Erwägungen abhängig zu machen sein, die sich aus der augenblicklichen gesamtpolitischen Lage ergeben“. Da Himmler aber die „gesamtpolitische Lage“ und damit auch die Möglichkeiten der deutschen Schwedenpolitik des Jahres 1943 euphorisch-falsch einschätzte, verließ er den Bereich des Utopischen auch jetzt nicht. Aus dem Fall der Warschauer Schweden ergab sich seiner Ansicht nach die Möglichkeit, auf die schwedische Regierung einen Druck dahinzuzüben, daß der gesamte feindliche Nachrichtendienst in Schweden zer-

28) Ebenda, Aufzeichnung Albrecht vom 22. 2. 1943.

schlagen würde. Hierzu bemerkte der stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Erich Albrecht, ironisch:

„Wenn es dem Reichsführer SS möglich ist, auf einem besonderen Wege die Unterbindung des feindlichen Nachrichtendienstes in Schweden zu erreichen, kann das Auswärtige Amt nur zustimmen.“²⁹

Die schwedische Regierung hatte schon im Sommer 1942 und auf ihre Weise auf die Verhaftung der Warschauer Schweden reagiert. Der seit 1936 in Stockholm residierende polnische Gesandte Potworowski hatte seinen Posten verlassen müssen; weitere sieben polnische Staatsangehörige waren zum Verlassen des Landes aufgefordert worden.³⁰ Aber die deutsche Seite war weit davon entfernt, die schwedische Regierung auf diesem Wege weiterzutreiben. Himmler betonte in seinem Schreiben an das Auswärtige Amt, daß an der Liquidierung der polnischen Gesandtschaft in Stockholm deutscherseits kein Interesse bestehe, da es dorthin „gute Verbindungen“ gebe. Himmler zeigte sich bereit, zwei der verhafteten Schweden

„zu einem Austausch anzubieten, wenn seitens der Schweden einer der gefährlichsten polnischen Nachrichtenfunktionäre, der bei der japanischen Gesandtschaft in Stockholm als Mitarbeiter des japanischen Militärattachés tätig ist, nach Deutschland verbracht wird“.

Ferner meinte Himmler, daß der Fall der Warschauer Schweden dem Reich die Möglichkeit biete, „auch auf wehrwirtschaftlichem Gebiet“ von Schweden Vorteile zu erlangen. Offenbar erschien Dr. Albrecht diese Ansicht so wirklichkeitsfremd, daß er es vorzog, sie — wie auch die Anregung, die Auslieferung des polnischen Agenten an der japanischen Gesandtschaft Stockholm zu verlangen — mit Stillschweigen zu übergehen.

Andererseits konnte sich Albrecht mit seinem Vorschlag, die Warschauer Schweden einfach laufenzulassen und so das Verhältnis zu Stockholm von einer überflüssigen Bürde zu befreien, nicht einmal im eigenen Ministerium durchsetzen. Das Auswärtige Amt bezeichnete es als „außenpolitisch erwünscht“, daß gegen die festgenommenen Schweden ein gerichtliches Verfahren eingeleitet würde.³¹ Jedoch machte es keine Bedenken dagegen geltend, daß die weniger belastet erscheinenden Verhafteten zum Gegenstand eines durchführbaren Austauschgeschäftes gemacht würden. Feststellungen im Auswärtigen Amt, beim Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und bei der Deutschen Gesandtschaft Stockholm, ob Fälle vorlagen, die bei dieser Gelegenheit mit Schweden geregelt werden könnten, führten jedoch zu keinem befriedigenden Ergebnis³², und so nahm die damalige Gerechtigkeit in voller Breite ihren Lauf. Anfang Juli 1943 verurteilte der „Volksgerichtshof“ vier der Warschauer Schweden zum Tode, einen zu lebenslänglicher Haft.

29) Ebenda, Aufzeichnung Albrecht vom 22. 2. 1943.

30) Ebenda, Telegramm Wied an AA vom 17. 9. 1942 (Nr. 2560).

31) Ebenda, Aufzeichnung Albrecht vom 22. 2. 1943.

32) Ebenda, Aufzeichnung Albrecht vom 22. 2. 1943; Telegramm Thomsen an AA vom 6. 3. 1943 (Nr. 631).

Zwei Angeklagte wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Aber das bedeutete nicht, daß sie sogleich nach Schweden zurückkehren durften. Vielmehr wurden sie zunächst nach Breslau verbracht, wo sie von der Staatspolizei-Leitstelle in Gewahrsam genommen wurden — eine Maßnahme, die „in Schweden kaum verstanden würde“, wie sich der schwedische Geschäftsträger in Berlin, Gesandtschaftsrat v. Post, ausdrückte.³³

Im Mittelpunkt der Debatte standen naturgemäß die vier zum Tode Verurteilten. Am 2. Juli richtete Gustaf V. an Hitler die „eindringliche Bitte“, die vier Todeskandidaten zu begnadigen.³⁴ Aber die schwedische Regierung ließ sich in ihren großpolitischen Aktionen nicht durch Rücksichten auf die Warschauer Schweden hemmen. Am 29. Juli kündigte Stockholm auf Verlangen der Westmächte das deutsch-schwedische Transitabkommen vom 8. Juli 1940 und nahm damit das wichtigste und augenfälligste militärpolitische Privileg zurück, das es dem nationalsozialistischen Deutschland in dessen erfolgreichen Kriegsjahren gewährt hatte.³⁵ Würde Hitler hierauf mit Gnadenlosigkeit gegen die vier zum Tode Verurteilten reagieren? Das würde sich außerordentlich negativ auf die deutsch-schwedischen Beziehungen auswirken, erklärten Richert und v. Post im Auswärtigen Amt. Sie machten keinerlei Versprechungen für den Fall einer Begnadigung; sie sagten nur: in Schweden sei seit Jahrzehnten kein Todesurteil mehr vollstreckt worden; die Ablehnung des Gnadengesuches würde daher auf die schwedische Öffentlichkeit „geradezu katastrophal“ wirken.³⁶ Nun war Schweden als Wirtschaftspartner nach wie vor wertvoll für Deutschland, und der Transit nichtmilitärischer Güter für die deutschen Truppen in Norwegen und Finnland ging immer noch über dieses Land. Angesichts dieser Tatsachen konnte Hitler nicht gut umhin, sich das Raisonement der Schwedischen Gesandtschaft Berlin zu eigen zu machen. Am 16. August ließ er König Gustaf mitteilen, daß auf seine (Gustafs) Intervention hin die Vollstreckung der Todesurteile bis zu einer näheren Klärung des Falles durch ihn selber (Hitler) aufgeschoben sei.³⁷ Die Begnadigung der vier zum Tode Verurteilten zu Freiheitsstrafen erfolgte Anfang Oktober. Gustaf V. zeigte sich — mit einigem Recht — „tief beeindruckt“³⁸: schließlich werden Spione

33) Ebenda, Aufzeichnung Hencke vom 26. 8. 1943 (U.St.s. Pol Nr. 480).

34) Ebenda, Schreiben der Schwed. Gesandtschaft Berlin vom 2. 7. 1943 mit Text des königlichen Telegramms, deutscherseits daran anknüpfend ein lebhafter interner Schriftverkehr. Vgl. auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie E, Bd VI, Nr. 126, S. 219 f.

35) Zum Abkommen vom 8. 7. 1940 und seiner Entstehungsgeschichte vgl. Lutzhöft, Deutsche Militärpolitik, S. 95 ff. Zur Kündigung und deren Vorgeschichte vgl. die Monographie von R. Karlsson: *Så stoppades tysktågen. Den tyska transiteringstrafiken i svensk politik 1942—1943*, Stockholm 1974.

36) Vgl. Anm. 33 und PA, B. St.s., Schweden, Aufzeichnung Hencke vom 5. 9. 1943 (U.St.s. Pol Nr. 433).

37) W. M. Carlgren: *Svensk utrikespolitik 1939—1945*, Stockholm 1973, S. 413.

38) So Richert auftragsgemäß gegenüber Steengracht, dem Nachfolger Weiz-

im Krieg gewöhnlich hingerichtet. Die Schwedische Gesandtschaft Berlin war — ebenfalls mit einigem Recht — unzufrieden: es dauerte Wochen, bis den vier ursprünglich zum Tode Verurteilten die Tatsache ihrer Begnadigung mitgeteilt wurde.³⁹ Und auch der Prozeß der Repatriierung erfolgte relativ langsam: erst Weihnachten 1944 waren die drei letzten verurteilten Warschauer Schweden wieder zu Haus.⁴⁰ Hitler hatte sich den Tatsachen gebeugt — aber zu spät, als daß daraus noch eine Verlangsamung der ständigen Verschlechterung der deutsch-schwedischen Beziehungen hätte resultieren können. Vermutlich hat Hitler deshalb so zögernd-langsam reagiert, weil für ihn im Gegensatz zu Himmler das Grundsätzliche des Falles im Vordergrund stand, d. h. weil er in den Warschauer Schweden Verräter an der gemeinsamen germanischen Sache sah.

5. Anfang August 1943 eröffnete sich der schwedischen Öffentlichkeit unvermutet die Möglichkeit, nähere Nachrichten über ein vom nationalsozialistischen Deutschland bislang nur indirekt beherrschtes Land im Südosten Europas zu erhalten. Das Außenministerium in Budapest lud die Chefredakteure aller größeren schwedischen Zeitungen zu einer Besichtigungsreise nach Ungarn ein. Reichsaußenminister v. Ribbentrop war verärgert, als er von der Sache erfuhr. Unter den eingeladenen Chefredakteuren befanden sich seiner Meinung nach mindestens drei, die als ausgesprochene Feinde des (auch von Ungarn unterzeichneten) Dreimächtepakts anzusehen waren. Zusätzlich erbitterte den Reichsaußenminister die Mitteilung, daß der ungarische Presseattaché in Stockholm von sich aus die Befürchtung geäußert hatte, daß deutscherseits diesem oder jenem Chefredakteur die Durchreise verweigert werden könnte und daß für diesen Fall vorgesehen sei, die Reise mit direkt fliegendem schwedischem oder ungarischen Flugzeug durchzuführen. Offenbar argwöhnte Ribbentrop, daß sich hier ein ungarischer Versuch anbahnte, im Gefolge Italiens aus dem Bündnis mit Deutschland auszubrechen. Der deutsche Gesandte in Stockholm, Hans Thomsen, erhielt am 11. August die Instruktion, den drei als dezidiert dreimächtepaktfeindlich angesehenen schwedischen Chefredakteuren die Erteilung eines Durchreisevisums durch Deutschland zu verweigern.⁴¹ Weiter wurde er angewiesen,

„sowohl dem dortigen ungarischen Presseattaché als auch den drei Hauptschriftleitern durch geeignete Andeutungen zur Kenntnis gelangen zu lassen, daß der Gedanke, mit einem direkten Flugzeug von Schweden nach Ungarn zu fliegen, ein sehr grosses Risiko für die

säckers im Amt des AA-Staatssekretärs. Vgl. PA, B. St.s., Schweden, Aufzeichnung Steengracht vom 6. 10. 1943 (St.s. Nr. 449).

39) Ebenda, Aufzeichnung Steengracht vom 15. 10. 1943 (St.s. Nr. 488); Notiz Generalkonsul Speiser (Rechtsabteilung) vom 19. 10. 1943.

40) Kungl. Utrikesdepartementet, 1945 års Svenska Hjälpexpedition till Tyskland, Stockholm 1956, S. 11.

41) PA, B. St.s., Schweden, Telegramm Ribbentrop an AA vom 11. 8. 1943 (Nr. 1210), am 12. 8. 1943 unter der Nr. 1576 an die Deutsche Gesandtschaft Stockholm weitergeleitet.

Insassen des Flugzeuges in sich schliesse. Jedes Flugzeug, das ohne Anmeldung und Genehmigung deutsches Staatsgebiet überfliege, könne [. . .] jeden Augenblick abgeschossen werden.“

Abschließend wurde der Gesandte sogar angewiesen,

„festzustellen, ob ein schwedisches Flugzeug den Versuch unternimmt, über deutsches Staatsgebiet zu fliegen, und den bevorstehenden Abflug sofort zu melden, damit hier rechtzeitig die entsprechenden Massnahmen getroffen werden können“.

Dem deutschen Gesandten in Budapest, v. Jagow, gelang es bald, einen Kompromiß mit den Madjaren zu finden. Die ungarische Regierung erklärte sich damit einverstanden, daß in Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der ungarischen Gesandtschaft in Stockholm diejenigen Chefredakteure bestimmt wurden, die reisen durften.⁴²

Aber auch so endete das Ganze mit einer meinungspolitischen Niederlage für Deutschland. Die Überschriften, unter denen die Artikel der am 6. Oktober aus Ungarn heimgekehrten Chefredakteure erschienen, sprachen für sich. Sie lauteten z. B.:

„Die letzten 800 000 Juden Europas in Gefahr. Wird Ungarn besetzt, sind sie zum Tode verurteilt.“

„Ungarn fürchtet sowohl Deutschland wie Rußland — die Hoffnung liegt bei den Westmächten.“

„Ungarn enttäuscht seine Verbündeten nicht, aber blickt nach England.“⁴³

Kein Zweifel: aus der Sicht des nationalsozialistischen Deutschland wäre die ganze Reise besser unterblieben.

Wir haben nun genügend Material gemustert, um auf die eingangs gestellten Fragen zurückkommen zu können. Es hat sich gezeigt, daß die Schweden weit von einem einhelligen Urteil über die deutsche Politik im Osten entfernt waren. Die Ablehnenden handelten oder brachten ihre Meinung laut zum Ausdruck; die Zustimmenden äußerten sich lieber unter vier Augen, aber nicht weniger dezidiert. Auch darf man im schwedischen König und im schwedischen Landwirtschaftsminister nicht einfach Ausnahmefälle sehen, sondern man wird ihnen einige Repräsentanz zuzubilligen müssen. Zumindes bei Gustaf V. wird der Grund der Zustimmung ohne weiteres sichtbar: es ist ein engagierter Antibolschewismus.⁴⁴ Diese Feststellung wird hier ohne den heute üblichen klagenden Unterton getroffen. Sowohl in seinen Zielsetzungen als auch in seinen Mitteln war und ist der Bolschewismus ein zu radikales Phänomen, als daß er nicht auch mit radikalen Gegnern rechnen müßte. Und was den schwedischen Antibolschewismus betrifft, so ist bei ihm stets mit einer historischen Tiefendimension zu rechnen. Das kommunistische Rußland setzt ja zweifellos die staatliche Tradition des zaristischen Rußlands fort, ist der Nachfolger desjenigen Reiches, das seine Großmachtstellung an der Ostsee auf

42) Ebenda, Telegramm Jagow an AA vom 13. 8. 1943 (Nr. 1540).

43) Ebenda, Telegramm Thomsen an AA vom 10. 10. 1943 (Nr. 2861).

44) Vgl. Anm. 25.

den Trümmern der schwedischen errichtet hat. Andererseits: eben weil die Schweden mit den Russen viele böse Erfahrungen gemacht hatten, waren auch die Zustimmenden nicht bereit, die offizielle Neutralitätspolitik des *sacro egoismo* preiszugeben und am „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ teilzunehmen. Sollte Hitler zusehen, daß er erreichte, was Karl XII. vergebens angestrebt hatte. Da der sich hier abzeichnende Quietismus einen starken antirussischen Akzent trug und seinem eigenen Selbstverständnis nach lediglich für Schweden (und das aus besonderen Gründen) galt, wollte und konnte er keine Alternative zur deutschen Politik im Osten bilden. Anders steht es mit der amtlichen Neutralitätspolitik Stockholms. Sie war in ihrem durchgehenden Realismus das Gegenstück zur ostpolitischen Phantastik des Dritten Reiches, wirkt freilich im nachhinein gelegentlich verstandeskalt.

Die Ablehnenden waren weniger suedozentrisch als die Zustimmenden. Aber auf die Frage, ob in ihren Reaktionen auf die deutsche Politik im Osten so etwas wie eine realistische Alternative sichtbar wird, muß eine verneinende Antwort gegeben werden. Die Warschauer Schweden, die nach Ungarn gereisten schwedischen Journalisten: sie alle setzten — wie die Polen, wie die Ungarn — auf England. Aber England als Retter Osteuropas: das war ein Traum, eine Chimäre. Die einzige machtpolitisch mögliche Alternative zur deutsch-nationalsozialistischen Herrschaft im Osten war die russisch-bolschewistische. Und so moralisch absurd dies momentan auch erscheinen mochte: die einzige Macht, die einem weiteren sowjetrussischen Vordringen in Richtung Zentraleuropa Halt zu gebieten vermochte, war wiederum nicht England, sondern Deutschland — ein Deutschland ohne Hitler und den Nationalsozialismus, versteht sich.

Soviel von den schwedischen Reaktionen auf die deutsche Politik im Osten. Was die deutschen Gegenreaktionen betrifft, so werden hauptsächlich zwei Tendenzen greifbar, eine grundsatzpolitische und eine tagespolitisch-realistische. Die grundsatzpolitische Linie wurde von den Anhängern der „großgermanischen Reichsidee“ vertreten. Diese neigten dazu, in jeder schwedischen Reaktion auf die deutsche Politik im Osten zugleich eine Option für oder gegen die Utopie eines Großgermanischen Reiches zu sehen. Oder sie versuchten sich unversehens als „Realpolitiker“ und landeten dann wiederum im utopistischen Abseits, da auch ihre Augenblicks-Forderungen an Schweden völlig überhöht waren. Rippen-trop brauchte nicht mit ihrem Widerstand zu rechnen, wenn er auf anti-schwedische Rücksichtslosigkeiten sann.

Die tagespolitisch-realistische Linie wurde vor allem von den Beamten des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Gesandtschaft Stockholm vertreten. Sich zu „großgermanischer“ Aktion nur dann aufraffend, wenn es ihnen ausdrücklich befohlen wurde, sahen diese ihre Aufgabe darin, auf der Grundlage der jeweils tatsächlich bestehenden Mächtekonstellation die jeweils tatsächlich zwischen Berlin und Stockholm anstehenden Probleme auf dem Verhandlungswege einer Jedenfalls momentan befriedigenden Lösung zuzuführen. Dagegen haben sie sich nicht dazu entschließen

können, längerfristige realistische Alternativen zur „großgermanischen Reichsidee“ zu entwerfen. Auf der Masse der Papiere, die sie hinterlassen haben, ruht nur der bescheidene Glanz resignierter Redlichkeit.

Summary

Swedish reactions to German policy in Eastern Europe (1939—1943)

The Swedes appear to have been far from unanimous in their opinion on German policy in Eastern Europe. The motives of those who agreed were a passionate anti-Bolshevism and the recollection of the fact, that Russia had built its position as a great power in the Baltic Sea area on the ruins of that of the Swedes. However, those who agreed were not, of course, disposed to participate in a “crusade against Bolshevism”. As to those who disapproved of German policy, they relied — in a completely unrealistic manner — on England as the rescuer of Eastern Europe. The actual counterpart of the Third Reich’s fantastic ideas of East European policy was Stockholm’s official, always facing the facts policy of neutrality. In Berlin this policy could not count on the supporters of the “vision of the Great Germanic Reich” to agree, but doubtless on the officials of the Ministry for Foreign Affairs. On the other hand, the experts of foreign affairs in the “Wilhelmstraße” were unable to resolve to project long-term realistic alternatives to the “vision of the Great Germanic Reich”.